

Wesentliche Schritte beim Wiederaufbau des politischen Lebens in den drei Westzonen von 1945 bis zur Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 23.5.1949

Bei der Lösung einer solchen Frage sollte man darauf achten, daß man sich weder in Einzelheiten verliert noch durch eine zu summarische Antwort wichtige Punkte verschenkt. Als probates Mittel, um den Mittelweg zu finden, bietet sich hier, wie auch sonst oft, an, zunächst eine **allgemeine Leitlinie** zu formulieren, die dann mit den einzelnen Belegen nachgewiesen werden kann.

Eine solche Leitlinie besteht für diese Aufgabe z.B. darin, daß der Wiederaufbau des politischen Lebens sich auf drei Ebenen vollzog:

- Aufbau **staatlicher Strukturen** bis hin zur Gründung der Bundesrepublik,
- Einführung **demokratischer Prinzipien** im Aufbau von unten nach oben,
- Wiedereinführung des **Föderalismus** in Deutschland.

Alle drei Komponenten lassen sich nun im Anschluß längsschnittartig darstellen.

Ausgangspunkt der Darstellung kann der erzieherische Gedanke der (Re-) **Demokratisierung** sein, da die Alliierten erklärten, Deutschland in den Kreis der demokratisch organisierten und friedliebenden Völker zurückführen zu wollen. Diese Demokratisierung war verbunden mit einer schrittweisen Zulassung von politischen **Parteien** (Potsdamer Protokoll), zunächst auf lokaler und regionaler Ebene, dann innerhalb der Besatzungszonen, schließlich die drei westlichen Zonen übergreifend. Parallel dazu wurde schrittweise das zunächst von den Besatzungsmächten beherrschte politische Leben demokratisch organisiert: Es fanden Wahlen zunächst zu den kommunalen Parlamenten (Gemeinderat, Stadtrat), dann den regionalen (Kreistag) und schließlich den Landesparlamenten statt.

Es war erklärter Wille der Westalliierten, den von Hitler geschaffenen Einheitsstaat wieder durch ein **föderales System** abzulösen, wie es bis 1934 bestanden hatte (man sollte deshalb korrekterweise von der *Wiedereinführung* des Föderalismus sprechen). Damit war die Chance gegeben, daß partikulare, föderalistische Kräfte den Machtdrang einer neuen Zentralregierung bremsen würden. Logische Vorläufer dieses Gedankens waren die diversen Teilungspläne (u.a. Morgenthau-Plan).

Besondere Beachtung verdient dabei der Problemkreis **Preußen**, das den Alliierten als Hort des deutschen Militarismus galt und deshalb durch Dezentralisierung zu neutralisieren war. Es wurde im Lauf der Entwicklung in insgesamt 5 (Bundes-)Länder aufgeteilt, weitere Gebietsteile wurden zu 3 anderen Ländern geschlagen.

Die Bildung der **Länder** selbst richtete sich naturgemäß nach den Grenzen der Besatzungszonen, ihre staatliche Konstituierung nach dem Maß, das die jeweiligen Besatzungsmächte an politischer Selbstverwaltung zuließen.

Im Verlauf der Auseinandersetzung zwischen den Großmächten wuchs der Plan der Westalliierten, wenigstens den **Westteil Deutschlands** staatlich neu zu organisieren. Der Einfluß, den die Sowjetunion über den nach ihren Vorstellungen organisierten Ostteil bzw. den ganzen (Einheits-)Staat hätte gewinnen können, sollte so eingedämmt werden. Ausgangspunkt war hier die Londoner Konferenz mit dem **Deutschlandkommuniqué** (7.6.1948), das Leitlinien für die staatliche Entwicklung

gab. Auf dieser Grundlage erhielten die Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen am 1.7.1948 die sog. **Frankfurter Dokumente** mit dem Auftrag zur Ausarbeitung einer Verfassung. Im Lauf des Juli setzten sich die Ministerpräsidenten in mehreren Konferenzen mit dem Problem auseinander. In der Schlußkonferenz am 26.7.1948 wurde schließlich die Einberufung eines Parlamentarischen Rats vereinbart, der nach den Beratungen des Verfassungskonvents auf Herrenchiemsee (August) sich am 1.9. in Bonn konstituierte. Das von ihm ausgearbeitete **Grundgesetz** wurde am 8.Mai 1949 verabschiedet und am 23.5. verkündet.